

Leiharbeit: Lohnrückstand trotz Qualifikation	2
Arbeitsmarkt: Reformen drosseln Arbeitsmarktdynamik	3
Mindestlohn: Großbritannien – Löhne und Jobs stabilisiert	4
EU: Steuerwettlauf selbst in der Krise	5
Gleichstellung: Ehegattensplitting macht Erwerbsarbeit für Frauen unattraktiv	6
Mitbestimmung: Betriebsräte nehmen Einfluss auf die Unternehmensstrategie	7
TrendTableau	8

## VERTEILUNG

# Lohneinkommen verlieren an Boden

**Der Anteil der Gewinn- und Kapitaleinkommen am Volkseinkommen ist im ersten Halbjahr 2011 wieder deutlich gestiegen, die Lohnquote ging zurück.**

Die langjährige einseitige Verteilungsentwicklung in Deutschland setzt sich fort. Zwar legten die Lohneinkommen der Vollzeitbeschäftigten zuletzt – bei steigenden Preisen – wieder etwas stärker zu. Doch bei vielen Arbeitnehmern, die in Teilzeit oder anderen atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, sei bisher von den Zuwächsen wenig angekommen, so WSI-Leiter Claus Schäfer im neuen Verteilungsbericht des WSI.\* Dabei waren es vor allem solche Jobs, die in den letzten Monaten neu entstanden sind. „Die Arbeitnehmer beziehungsweise ihre Löhne nehmen nach Abebben der letzten Krise wieder nicht ausreichend am wirtschaftlichen Erfolg teil“, schreibt Schäfer. So erhalte die Binnennachfrage nicht die Impulse, die auch angesichts schlechter Wachstumsaussichten nötig seien.

Wie das Kaufkraftpotenzial der Arbeitseinkommen langfristig schrumpft, lässt sich unter anderem an der Netto-Lohnquote ablesen. Das Statistische Bundesamt hat die Daten ab 1991 neu berechnet. Deren Niveau hat sich dadurch etwas nach oben verändert, die Tendenz nicht. Nach Abzug von Steuern und Abgaben erreichte die Lohnquote zwischen 1960 und Ende der 1980er-Jahre noch ein Niveau von über 50 Prozent. Seit 2005 schwankt sie zwischen gut 42 und knapp 44 Prozent. Im ersten Halbjahr 2011 waren es 42 Prozent. Zwar dürfte sich die Netto-Quote in der zweiten Jahreshälfte etwas erhöhen, weil dann Urlaubs- und Weihnachtsgelder gezahlt werden. Der Trend bleibe aber ungebrochen, betont der Forscher. „Die Lohneinkommen verlieren an Gewicht gegenüber den Gewinn- und Kapitaleinkommen, die überwiegend einer relativ kleinen Bevölkerungsgruppe zufließen.“ Die Nettogewinnquote stieg im ersten Halbjahr 2011 auf 33 Prozent und ist damit fast wieder auf dem historischen Höchststand vor der Finanzkrise 2008.

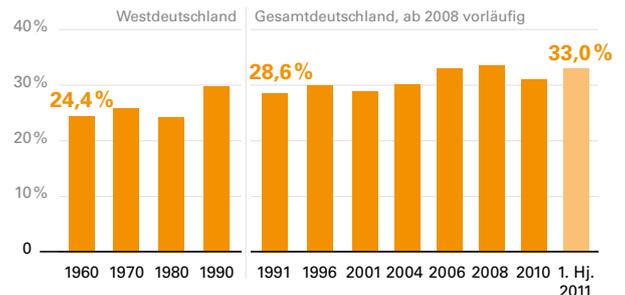
Die Bundesregierung setze dem Trend zur Ungleichheit mit ihrer Steuer- und Abgabenpolitik wenig entgegen, schreibt Schäfer. So sei die direkte Steuerbelastung auf Gewinn- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte mit der guten Gewinnlage zwar etwas gestiegen. Doch das Niveau bleibt niedrig: 8,6 Prozent laut Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnung. Der Verteilungsforscher bezeichnet einen fundamentalen Kurswechsel in der Steuerpolitik als wichtige Voraussetzung, um die parallel laufende „soziale Spaltung der

## Trend zur Ungleichheit ungebrochen

### Entwicklung von Nettolohnquote ...



### ... und Nettogewinnquote\*



Nettolohnquote, Nettogewinnquote und Quote der monetären Sozialleistungen (nicht dargestellt) addieren sich zu 100%

\* Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen plus saldierte Vermögenseinkommen, abzüglich direkte Steuern sowie Sozialbeiträge auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen bei den privaten Haushalten; Angaben bis 1990 nach deutschem, ab 1991 nach europäischem System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen Schäfer 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Gesellschaft und die finanzielle Austrocknung des Staates“ zu stoppen. Hohe Einkommen und Vermögen müssten über höhere Steuern stärker herangezogen werden, um insbesondere die Belastungen durch Bankenrettung, Finanz- und Staatsschuldenkrise zu schultern. ◀

\* Quelle: Claus Schäfer: „No Representation without Taxation“. WSI-Verteilungsbericht 2011, in: WSI-Mitteilungen 12/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Lohnrückstand trotz Qualifikation

**Leiharbeiter verdienen deutlich weniger als andere Beschäftigte. Nur etwa die Hälfte des Lohnabschlags lässt sich auf persönliche Faktoren wie Qualifikationsunterschiede zurückführen.**

Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche verdienen im Schnitt 40 Prozent weniger als andere Arbeitnehmer. Das geht aus einer Untersuchung der Arbeitsmarktforscherin Elke Jahn hervor.\* Die Wissenschaftlerin vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) stützt sich bei ihren Berechnungen auf eine vom IAB erhobene Stichprobe, die fünf Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten abdeckt.

Der Datensatz des IAB enthält neben Informationen zu Verdienst und aktueller Beschäftigungsform für die Jahre 1995 bis 2008 Angaben zu weiteren persönlichen Merkmalen. So konnte die Wissenschaftlerin herausarbeiten, wie sich Leiharbeiter von den übrigen Beschäftigten unterscheiden:

- ▶ Beschäftigte von Zeitarbeitsunternehmen sind **im Durchschnitt drei Jahre jünger** als andere Arbeitnehmer.
- ▶ Leiharbeiter sind überdurchschnittlich **häufig Männer**. Während die Vollzeitbeschäftigten anderer Branchen zu zwei Dritteln männlich sind, sind es unter den Leiharbeitern etwa drei Viertel.
- ▶ In der Leiharbeitsbranche arbeiten fast doppelt so viele Beschäftigte **mit ausländischer Herkunft** wie anderswo. Im Westen haben 26 Prozent einen Migrationshintergrund oder sind Spätaussiedler. In anderen Branchen gilt das nur für 14 Prozent der Arbeitnehmer.
- ▶ Leiharbeiter haben **häufiger keine Berufsausbildung** abgeschlossen. In Westdeutschland trifft dies auf 21 Prozent der Leiharbeiter zu, verglichen mit 11 Prozent bei den übrigen Beschäftigten.
- ▶ Häufiger als andere Arbeitnehmer waren Leiharbeitskräfte **vor Antritt des aktuellen Jobs arbeitslos**. Aus der Er-

werbslosigkeit starteten in Westdeutschland 52, im Osten 60 Prozent in die Leiharbeit. Die entsprechenden Werte anderer Arbeitnehmer lagen bei 16 beziehungsweise 26 Prozent.

- ▶ Zudem blicken Leiharbeiter meist „auf eine sehr viel **instabilere Erwerbsbiografie** zurück als ihre Kollegen in anderen Branchen“, schreibt IAB-Forscherin Jahn. In den fünf Jahren, die der aktuellen Beschäftigung vorausgingen, hatten Zeitarbeiter im Schnitt vier verschiedene Jobs, andere Arbeitnehmer nur zweieinhalb. Und wer einmal Leiharbeiter war, bleibt mit höherer Wahrscheinlichkeit in diesem Segment des Arbeitsmarkts: Der durchschnittliche Leiharbeiter hat zuvor bereits zweimal bei einer Zeitarbeitsfirma gearbeitet, die übrigen Beschäftigten nur in Ausnahmefällen.

Um den Lohnrückstand von Leiharbeitern genauer einordnen zu können, müssten diese Unterschiede zwischen Beschäftigten mit Zeitarbeitsvertrag und anderen Arbeitnehmern berücksichtigt werden, so Jahn. Mit aufwändigen statistischen Verfahren hat die Forscherin den Einfluss personenspezifischer Merkmale herausgerechnet.

Ergebnis: Die Differenz schrumpft, bleibt aber erheblich. Nach der statistischen Bereinigung beträgt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Leiharbeitern und Normalbeschäftigten bei gleicher Qualifikation 18 Prozent. Männliche Leiharbeiter in Westdeutschland verdienen 19 Prozent weniger. In den östlichen Bundesländern liegt der Lohnabschlag bei 15 Prozent. In Ballungsräumen ist die Differenz etwas größer als auf dem Land; bei Frauen, jüngeren Beschäftigten und Hochschulabsolventen ist der Abstand kleiner.

Die Wissenschaftlerin hat außerdem untersucht, wie sich das Einkommen von Arbeitnehmern vor und nach Leiharbeitsphasen entwickelt. Dabei zeigt sich, dass der Leiharbeit oft schon unterdurchschnittlich bezahlte Beschäftigungen vorzuziehen. Wer aus der Leiharbeit den Sprung in ein anderes Arbeitsverhältnis schafft, erhält nach einigen Monaten im Regelfall eine Bezahlung, die nur noch einige Prozentpunkte unter dem mittleren Lohn liegt. Allerdings gelingt drei Vierteln kein direkter Übergang in reguläre Beschäftigung.

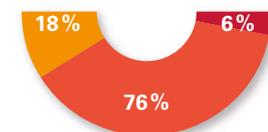
In Deutschland sind rund 800.000 Menschen als Leiharbeiter tätig. Damit liegt der Anteil der Zeitarbeiter an allen Beschäftigten bei etwa 1,5 Prozent. Das entspricht dem europäischen Durchschnitt. ◀

## Nicht nur Ungelernte

2000–2008 arbeiteten ...

- ▶ ohne Berufsausbildung
- ▶ mit Berufsausbildung
- ▶ mit Hochschulabschluss

unter Leiharbeitern



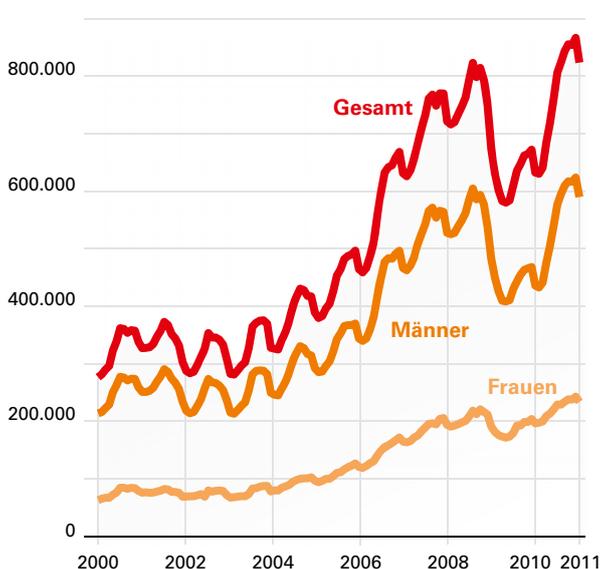
unter Nicht-Leiharbeitern



Quelle: IAB 2011  
© Hans-Böckler-Stiftung 2011

## Leiharbeit: Aufwärtstrend hält an

Als Leiharbeiter beschäftigt waren ...



Quelle: Bundesagentur für Arbeit 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

\* Quelle: Elke Jahn: Entlohnung in der Zeitarbeit – Auch auf die Mischung kommt es an, in: IAB-Forum 1/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Reformen drosseln Arbeitsmarktdynamik

Die Flexibilisierungspolitik hat nur einen Teil des Arbeitsmarkts in Bewegung gebracht: **Bezieher von Arbeitslosengeld I nehmen schneller neue Stellen an. Bereits Beschäftigte sind jedoch verunsichert und wechseln seltener den Job als in früheren Zeiten.**

In den vergangenen Jahren ist es einer zunehmenden Zahl von Erwerbslosen gelungen, eine neue Stelle zu finden. Insgesamt hat die Fluktuation auf dem Arbeitsmarkt aber nicht das gleiche Niveau erreicht wie in früheren Aufschwüngen. Dies sei ein erstaunliches Phänomen, stellt Professor Matthias Knuth vom Duisburger Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) fest. Früher hätten in Phasen des Beschäftigungswachstums die Betriebswechsel von bereits Beschäftigten stärker zugenommen.

Der Arbeitsmarktforscher hat die verschiedenen Segmente des deutschen Arbeitsmarktes untersucht und findet in der Zusammenschau eine Erklärung für die scheinbar widersprüchliche Entwicklung: Während kurzzeitig Arbeitslose durch die Reformen des vergangenen Jahrzehnts rascher wieder in eine neue Tätigkeit gelangen, scheuen Beschäftigte das Risiko eines Jobwechsels – auch wegen der Reformen. Schließlich wären sie materiell schlechter abgesichert als früher, „falls auf dem Weg über den Arbeitsmarkt etwas schief geht“, so Knuth. Gleichzeitig haben sich die Beschäftigungschancen von Langzeitarbeitslosen nur wenig verbessert. Fazit des Wissenschaftlers: Der Rückbau der Arbeitslosenversicherung schein sich „auf den Arbeitsmarkt insgesamt lähmend“ ausgewirkt zu haben.

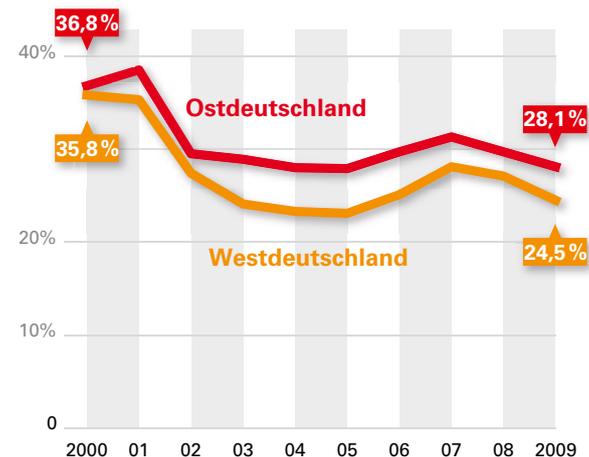
**Beschäftigte: Festhalten am aktuellen Job.** „Die zunehmende Zähflüssigkeit des Arbeitsmarkts“ lässt sich Knuth zufolge an einer steigenden durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit ablesen. Im Mittel waren westdeutsche Beschäftigte Ende der 1990er-Jahre rund 9,5 Jahre bei ihrem aktuellen Arbeitgeber, bis zum Jahr 2008 erhöhte sich dieser Wert auf über 10 Jahre. Ein weiterer Indikator: Im Jahr 2000 hatten durchschnittlich 36 Prozent aller westdeutschen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine neue Stelle angetreten, während auf dem Höhepunkt des folgenden Aufschwungs 2007 nur noch 28 Prozent erreicht wurden.

**Kurzzeitarbeitslose: Schneller wieder beschäftigt.** Die kurzzeitig Arbeitslosen, die nach einigen Monaten mit Arbeitslosengeld I wieder eine neue Stelle finden, haben in den vergangenen Jahren für eine tendenziell sinkende Arbeitslosenquote gesorgt. Auf diese Gruppe entfällt nach Knuths Analyse ein Großteil der zunehmenden „Abgänge aus der Arbeitslosigkeit in die Erwerbstätigkeit“. Dass sie im Schnitt schneller wieder eine neue Stelle haben, erklärt sich Knuth zufolge durch die gewachsene Konzessionsbereitschaft infolge der Hartz-Reformen: Empirische Untersuchungen belegen, das Arbeitslose heute eher bereit sind, zu ungünstigeren Konditionen zu arbeiten. Das schließt die Annahme von Arbeitsplätzen unterhalb des eigenen Qualifikationsniveaus ein.

**Langzeitarbeitslose: Weiter schlechte Karten.** Hartz-IV-Bezieher haben an der gesunkenen Arbeitslosigkeit nur einen vergleichsweise geringen Anteil, so der Forscher. Seit ihrem Höchststand im April 2006 sei die Zahl der als erwerbsfähig eingestuft Leistungsberechtigten nur um 13 Prozent gesunken, während die Arbeitslosigkeit um 36 Prozent abnahm.

## Weniger Arbeitsmarktmobilität

Eine neue sozialversicherungspflichtige Stelle angetreten haben in\*...



\* von allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
Quelle: Knuth 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

Knuth folgert: Das verstärkte Fordern und Fördern wirke weniger auf diejenigen, auf die die neu ausgerichtete Arbeitsmarktpolitik eigentlich zugeschnitten sei. Der stärkste Effekt sei bei den anderen Gruppen zu beobachten – die das Risiko, ins Hartz-IV-Regime zu rutschen, vermeiden wollen. Das gelte „auch und gerade“ für den „stabil beschäftigten Kern“.

**Durch die Reformen sei eine „Drohkulisse“ entstanden, die es Unternehmen erleichtert habe, interne Flexibilisierungen durchzusetzen,** schreibt Knuth. Vor diesem Hintergrund erschienen die „Anpassungsleistungen der Unternehmen, die das Durchschlagen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt verhindert haben, durchaus ambivalent“. Der umfassende Zugriff der Betriebe auf ihre – als Gegenleistung für Arbeitsplatzsicherheit äußerst konzessionsbereiten – Mitarbeiter führe zu sinkender Arbeitszufriedenheit und könne ein Grund für die Zunahme psychischer Erkrankungen sein.

Zudem weist Knuth auf ein bisher kaum beachtetes Problem hin: **Die „Verengung der Arbeitsmarktpolitik“ auf die Vermittlung Arbeitsloser und Hilfebedürftiger habe im Endeffekt die soziale Mobilität am Arbeitsmarkt reduziert.** Weil Arbeitnehmer in relativ sicheren Positionen seltener den Job wechseln, gebe es auch weniger Gelegenheiten für die Beschäftigten am Rand, in die Kernbelegschaften aufzusteigen. Der Wissenschaftler rät daher zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, die durch Qualifizierung Beschäftigter wie Arbeitsloser „Mobilitätsketten in höherwertige Beschäftigung auslöst“.

\* Quelle: Matthias Knuth: Widersprüchliche Dynamiken im deutschen Arbeitsmarkt, in: WSI-Mitteilungen 11/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Großbritannien: Löhne und Jobs stabilisiert

Der flächendeckende britische Mindestlohn hat seit seiner Einführung vor über zehn Jahren nirgendwo im Land Jobs vernichtet. Von 2004 bis 2006 sorgte er sogar für Beschäftigungszuwächse.

Auch in Großbritannien beschäftigen sich Wissenschaftler seit geraumer Zeit mit der Frage, welchen Einfluss ein nationaler Mindestlohn auf die Entwicklung des Arbeitsmarkts hat. Frühe Studien konnten keinen kurzfristigen Zusammenhang zwischen Lohnuntergrenze und Beschäftigungsentwicklung feststellen. Drei Forscher vom Royal Holloway College der University of London haben nun die Daten der Jahre 1997 bis 2007 ausgewertet.\*

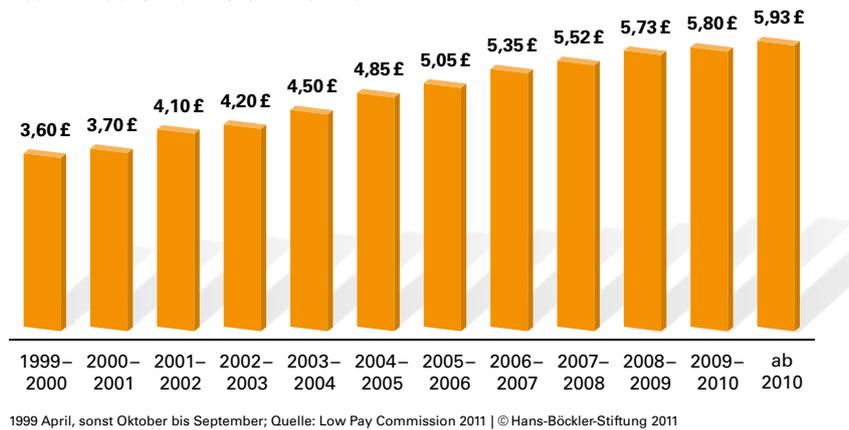
Ihr Ergebnis: Britische Unternehmen haben die Einführung des Mindestlohns 1999 und dessen jährliche Erhöhungen gut verkräftet. Bislang sind keinerlei Jobs verloren gegangen. Die Einkommen in Niedriglohnbranchen sind gestiegen.

Damit decken sich die Schlussfolgerungen von Ökonomie-Professor Peter Dolton und seinen beiden Kollegen mit den Resultaten einer groß angelegten empirischen Studie aus den USA: Sämtliche Anhebungen der US-Mindestlöhne von 1990 bis 2006 kosteten keine Arbeitsplätze, so das Fazit der Forschergruppe um Berkeley-Professor Michael Reich. Fast immer verdienten Niedriglöhner anschließend besser. Dennoch seien die lokalen Beschäftigungseffekte „nicht unterscheidbar von Null“.

Entscheidender Unterschied: In den USA haben einzelne Bundesstaaten eigene – höhere – Lohnuntergrenzen festgelegt. In Großbritannien hingegen gilt für Erwachsene und

## Britischer Mindestlohn stetig gestiegen

Seit seiner Einführung entwickelte sich die Höhe des Mindestlohns in Großbritannien...



Jugendliche jeweils nur ein nationaler Mindestlohn, ohne Ausnahmen. In Regionen mit allgemein geringerer Produktivität schlägt die Regelung also stärker auf die Arbeitskosten durch, da mehr Beschäftigte zu niedrigen Löhnen arbeiten.

Vernichtet eine generelle Lohnuntergrenze dort dann nicht vielleicht doch Jobs? Dieser Frage gingen die Londoner Wissenschaftler gezielt nach. Dazu teilten sie Großbritannien anhand von drei verschiedenen Prinzipien in lokale Arbeitsmärkte auf:

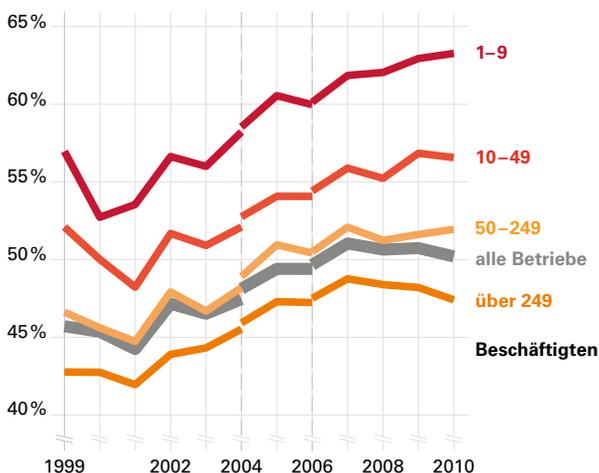
- ▶ zunächst in 406 kleinräumig abgegrenzte Gebietskörperschaften,
- ▶ dann in 140 größere regionale Verwaltungseinheiten
- ▶ und in „travel to work areas“ – das sind geografische Einheiten, in denen 67 Prozent der Bevölkerung gleichzeitig leben und arbeiten.

Egal, wie die Einteilung gewählt wird: Der Einfluss der Lohnuntergrenze auf den Arbeitsmarkt ist neutral bis positiv. „Wenn überhaupt, dann scheint die Beschäftigungsrate in den Regionen stärker gestiegen zu sein, in denen der Mindestlohn eine größere Relevanz hat“, so die Forscher. Besonders in den Jahren 2004 und 2006 machten sie positive Effekte aus.

Ziel einer allgemeinen Lohnuntergrenze war auch, den Trend zu immer ungleicheren Löhnen zu stoppen. Dieser hatte sich in den 1980er- und 1990er-Jahren stetig verfestigt. Die Untersuchung der lokalen Arbeitsmärkte zeigt: Gerade dort, wo ein Mindestlohn besonders vielen Beschäftigten gezahlt wird, nahm auch die Ungleichheit bei den Löhnen stärker ab. Insgesamt gilt: Seit Einführung der Lohnuntergrenze ging die Ungleichheit systematisch immer weiter zurück. ◀

## Oft Mindestlohn in Kleinbetrieben

In Großbritannien greift die gesetzliche Lohnuntergrenze in so vielen Betrieben mit...



Jeweils zum April des Jahres; Änderung bei Datenerhebung 2004 und 2006  
Quelle: Low Pay Commission 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

\* Quelle: Peter Dolton, Chiara Rosazza-Bondibene, Jonathan Wadsworth: Employment, Inequality and the UK National Minimum Wage over the Medium-Term, in: Oxford Bulletin of Economics and Statistics, August 2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# EU: Steuerwettlauf selbst in der Krise

Die Wirtschaftskrise hat den EU-weiten Wettbewerb um die niedrigsten Unternehmenssteuern gebremst, aber nicht gestoppt. Vielfach sind Unternehmen kaum noch angemessen an der Finanzierung öffentlicher Güter und Dienstleistungen beteiligt.

Zwischen 2008 und 2011 ist der durchschnittliche nominelle Unternehmenssteuersatz in der EU-27 geringfügig zurückgegangen, zeigt eine Untersuchung von Margit Schratzenstaller.\* Die Absenkungen waren zwar deutlich geringer als in den Jahren zuvor. Doch zeitgleich gerieten die Haushalte vieler Staaten unter Druck, weil die teilweise sehr umfangreichen Bankenhilfs- und Konjunkturpakete finanziert sowie konjunkturbedingte Steuerausfälle und Mehrausgaben getragen werden mussten, erläutert die Steuerexpertin vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Für Steuersenkungen sei da eigentlich kein Spielraum.

Dennoch senkten in den Jahren 2009 und 2010 immerhin mehrere alte und die Hälfte der neuen EU-Länder den Unternehmenssteuersatz, um dem Wirtschaftseinbruch gegenzusteuern, stellt die Wissenschaftlerin fest. Höhere Unternehmenssteuern zur Budgetkonsolidierung hingegen spielten bisher eine vernachlässigbare Rolle. Nicht einmal im Falle von Irland gelang es, als „Gegenleistung“ für die Unterstützung durch den Euro-Schutzschirm den äußerst niedrigen Körperschaftsteuersatz zu erhöhen. Dabei werde dieser von vielen EU-Staaten als Steuerdumping kritisiert.

Längerfristig weisen die nominalen Steuersätze einen klaren Abwärtstrend auf. Gleiches gilt für die effektiven Durchschnittssteuersätze und die effektiven Grenzsteuersätze, die insbesondere für Standortentscheidungen und Investitionen relevant sind. Nach Berechnungen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung sind beide von 1998 bis 2008 in den alten und noch stärker in den neuen EU-Ländern gesunken.

„Insgesamt wird mittlerweile die Existenz eines Steuerwettbewerbs im Bereich der Unternehmensbesteuerung kaum mehr bestritten“, fasst WIFO-Forscherin Schratzenstaller zusammen. Ein zu intensiver Wettbewerb könne aber unerwünschte Effekte mit sich bringen, warnt die Wissenschaftlerin:

**Niveaueffekt.** Ein übermäßiger Steuerwettbewerb verkleinert das Einnahmepotenzial des Staates. Dadurch würde das Angebot an öffentlichen Gütern, die dem Allgemeinwohl dienen, „ineffizient gering“.

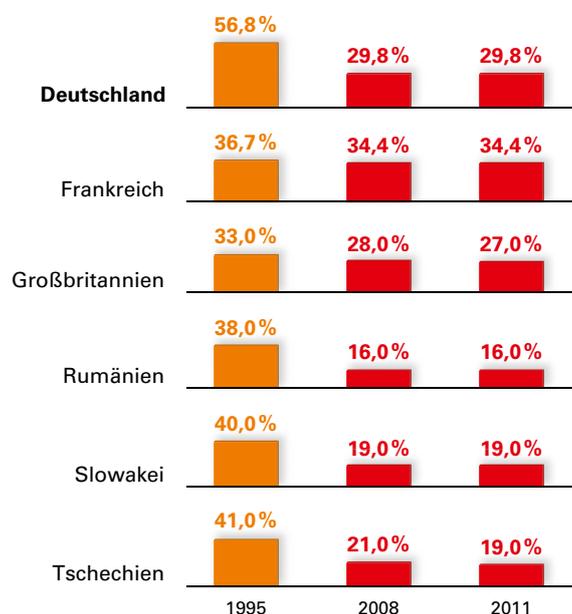
**Struktureffekt.** Ebenso ist es möglich, dass sich die Steuerlast von mobilen auf weniger mobile Faktoren verschiebt. Mehrere empirische Untersuchungen zeigten nach diesem Muster eine Verschiebung der Steuerlast von Kapital zu Arbeit, so Schratzenstaller. Dies bedeute einen Verstoß gegen das Äquivalenzprinzip: Es gelinge immer weniger, Unternehmen einen adäquaten Finanzierungsbeitrag zur Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen abzuverlangen, obwohl auch sie davon profitieren.

**Fehlallokation von Kapital.** Speziell bei der Unternehmensbesteuerung sieht die Wissenschaftlerin die Gefahr steuerlich verzerrter Investitionsentscheidungen. So könnten Unternehmen aus steuerlichen Gründen Produktionsstandorte wählen, die aus fertigungstechnischer Sicht eigentlich ungeeignet sind.

**Diskriminierung binnenmarktorientierter Unternehmen.** Multinational agierende Konzerne können ihre Gewinne in Niedrigsteuerländer verschieben, viele kleinere Unternehmen nicht. Trotz formaler steuerrechtlicher Gleichbehandlung ergibt sich de facto eine Diskriminierung von Unternehmen ohne Niederlassungen im Ausland.

## Wettbewerb um Investitionen

Die nominellen Unternehmenssteuersätze betragen in ...



Quelle: Schratzenstaller 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

All diese Probleme „lassen eine gewisse Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung in der EU angeraten erscheinen“, so die Steuerexpertin. Schratzenstaller schlägt vor, als ersten Eckpunkt die vielen verschiedenen Gewinnermittlungsvorschriften durch eine EU-einheitliche, verpflichtend einzuführende Bemessungsgrundlage zu ersetzen. „Damit wäre die Effektivsteuerbelastung transparent und der Steuersatz der einzig verbleibende Wettbewerbsparameter.“

Um zu vermeiden, dass sich dadurch der Druck auf die unterschiedlichen nationalen Steuersätze verschärft, rät die WIFO-Forscherin zu einem nach Wirtschaftskraft differenzierten Mindeststeuersatz – einem relativ hohen in den alten und einem relativ geringen in den neuen EU-Ländern. Denn insbesondere in den neuen Mitgliedstaaten fungiere der niedrige Unternehmenssteuersatz oft als Ausgleich für die ansonsten vielfach weniger günstigen Standortbedingungen. ◀

\* Quelle: Margit Schratzenstaller: Vom Steuerwettbewerb zur Steuerkoordinierung in der EU?, in: WSI-Mitteilungen 6/2011  
Download unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

# Ehegattensplitting macht Erwerbsarbeit für Frauen unattraktiv

Das Ehegattensplitting führt dazu, dass sich für viele Frauen die Erwerbstätigkeit nicht rechnet. Bei einer Abschaffung der Splittingvorteile steigt nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung deren Erwerbsbeteiligung spürbar.

In Deutschland gilt das Ehegattensplitting als ein wichtiger Grund für die relativ geringe Beteiligung verheirateter Frauen am Arbeitsmarkt. Länder wie Großbritannien, Schweden, die Niederlande, Spanien, Portugal oder Österreich haben die gemeinsame Besteuerung von Eheleuten abgeschafft zugunsten einer reinen Individualbesteuerung. Ein Forscherteam des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hat für Deutschland die Verteilungs- und Angebotseffekte eines solchen Schritts berechnet.\* Fazit: Die Individualbesteuerung würde nicht nur zu erheblichen Steuermehreinnahmen führen. Auch die Erwerbsbeteiligung von Ehefrauen würde sich deutlich erhöhen.

Bisher wird in Deutschland das gesamte zu versteuernde Einkommen beider Ehepartner halbiert, die darauf entfallende Einkommensteuer berechnet und die Steuerschuld anschließend verdoppelt. Unabhängig davon, wie viel der einzelne Partner verdient, wird also bei der Einkommensteuer

ung, das auf den Daten des Sozio-oekonomischen Panels des Jahres 2009 basiert. Es enthält neben einer detaillierten Abbildung des deutschen Steuer- und Transfersystems auch ein mikroökonomisch geschätztes Arbeitsangebotsmodell der privaten Haushalte. Damit kann geschätzt werden, wie die Personen mit ihrem Erwerbsverhalten auf Änderungen bei der Besteuerung reagieren. Die Ergebnisse im Einzelnen:

**Steueraufkommen.** Die Einführung einer reinen Individualbesteuerung ließe jährliche Steuermehreinnahmen in einer Größenordnung von etwa 27 Milliarden Euro erwarten. Das wären über zehn Prozent der Einkommensteuer und etwa 1,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

**Einkommenseffekte.** Bei einer reinen Individualbesteuerung sinkt das Haushaltsnettoeinkommen eines Ehepaares um durchschnittlich 119 Euro pro Monat, ergab die Simulation. Ehepaare mit nur einem Einkommen verlieren monatlich 232 Euro. Bei Doppelverdiener-Paaren sind es im Schnitt 86

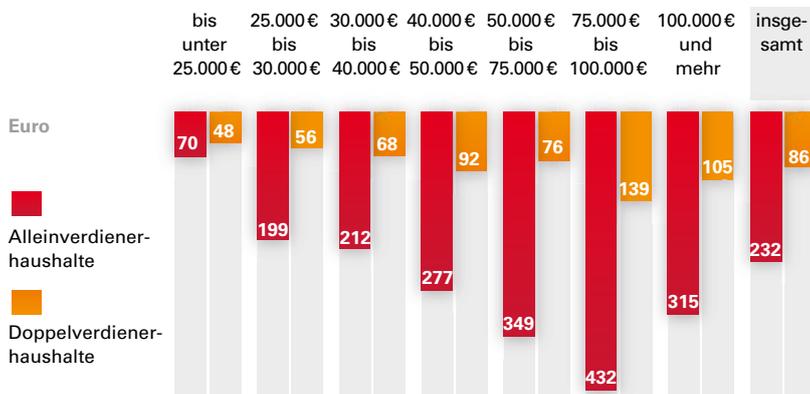
Euro. Bisher profitieren westdeutsche Ehepaare stärker als ostdeutsche: Gingen aufgrund des Übergangs zur Individualbesteuerung im Westen monatlich 134 Euro verloren, so sind es im Osten nur 50 Euro. Das liege daran, dass es im Osten mehr Doppelverdiener-Paare gibt, erläutern die Wissenschaftler. Zudem seien die durchschnittlichen Einkommen nach wie vor niedriger als im Westen. Dementsprechend verlieren Ehepaare mit einem Jahreseinkommen unter 25.000 Euro lediglich 34 Euro im Monat, solche mit über 100.000 Euro im Schnitt 208 Euro.

**Arbeitsangebotseffekte.** Der Übergang zu einer reinen Individualbesteuerung würde sich den Modellrechnungen zufolge auf das Verhalten beider Geschlechter auswirken: Die Beteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt würde sich um rund 2,4 Prozentpunkte erhöhen,

die der Männer um zirka 0,3 Prozentpunkte sinken. Damit nähmen die durchschnittlichen Arbeitsstunden der Frauen um etwa 7,4 Prozent zu, die der Männer um 1,5 Prozent ab. Der große Unterschied zwischen den Geschlechtern lasse sich durch „die niedrigeren Angebotselastizitäten von Männern“ erklären, so die DIW-Forscher. Sprich: Männer verändern bei höheren oder niedrigeren Einkommen ihr Arbeitsangebot deutlich weniger. Besonders stark wären die Effekte bei westdeutschen Frauen. Denn in Ostdeutschland gibt es nicht nur schon heute deutlich mehr Doppelverdiener-Paare. Hinzu kommt, dass die Einkommensungleichheiten zwischen den Ehepartnern geringer sind als im Westen. ▶

## Individualsteuern beenden Ungleichbehandlung

Um so viel sinkt bei einer reinen Individualbesteuerung das monatliche Haushaltsnettoeinkommen bei Ehepaaren mit einem Einkommen ...



Quelle: DIW Berlin 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

immer so getan, als ob beide Partner die Hälfte des gemeinsamen Einkommens beisteuern. Dieses Splittingssystem mindert die Progression der Einkommensteuer, wenn die Ehepartner unterschiedlich hohe Einkommen haben. Je höher das gemeinsame Haushaltseinkommen und je größer die Differenz zwischen den individuellen Einkommen der Ehepartner, desto größer ist der Steuervorteil gegenüber individuell veranlagten Paaren, der so genannte Splittingvorteil. Er beträgt maximal 15.000 Euro pro Jahr – bei einem zu versteuernden Haushaltseinkommen von über 500.000 Euro.

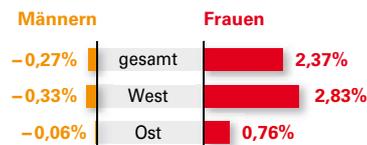
Für ihre empirische Analyse verwendeten die Wissenschaftler ein Mikrosimulationsmodell mit Verhaltensanpas-

► Zur Rechtfertigung des Steuervorteils für Eheleute ziehen Juristen Artikel 6 des Grundgesetzes heran, wonach Ehe und Familie nicht benachteiligt werden dürfen. Verheiratete dürften also nicht höher besteuert werden als Unverheiratete. „Verfassungsrechtliche Einwände gegenüber einer reinen Individualbesteuerung sollten nicht übermäßig gewichtet werden“, entgegnen die Wissenschaftler. Schließlich gebe es im internationalen Vergleich viele Länder mit vollständig oder weitgehend individueller Einkommensbesteuerung. Wenn es politisches Ziel sei, verheiratete Frauen stärker in den Arbeitsmarkt zu integrieren, „sollten dem entgegenstehende Anreize im Steuer- und Transfersystem systematisch beseitigt werden“.

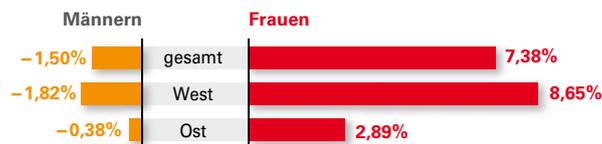
Familienpolitiker bemängeln zudem am Ehegattensplitting, dass es nicht automatisch Haushalten mit Kindern zugute kommt, sondern generell Ehen fördert. Frühere Analysen des DIW zeigen: Das Entlastungsvolumen entfällt nur zu knapp zwei Dritteln auf Ehen mit Kindern. 43 Prozent aller Ehen, die vom Splitting profitieren, sind hingegen kinderlos. Andererseits machen unverheiratete Eltern und Alleinerziehende mittlerweile ein Viertel aller Eltern-Kind-Gemeinschaften aus. Doch für diese Familienformen gilt das Ehegattensplitting nicht. ◀

## Frauen wollen arbeiten

Das **Arbeitsangebot** würde sich beim Übergang zu reiner Individualbesteuerung von Ehepaaren ändern bei ...



Dabei würde sich die **durchschnittliche Wunscharbeitszeit** verändern bei ...



Quelle: DIW Berlin 2011 | © Hans-Böckler-Stiftung 2011

\* Quelle: Stefan Bach, Johannes Geyer, Peter Haan, Katharina Wrohlich: Reform des Ehegattensplittings: Nur eine reine Individualbesteuerung erhöht die Erwerbsanreize deutlich, DIW Wochenbericht Nr. 41, Okt. 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## MITBESTIMMUNG

# Betriebsräte nehmen Einfluss auf die Unternehmensstrategie

**Betriebsräte sind in der Lage, aktiv Alternativen zu Kostensenkungsstrategien des Managements zu entwickeln. Sie profitieren von ihren organisatorischen Kenntnissen sowie den Erfahrungen und dem Expertenwissen der Beschäftigten.**

Arbeitnehmervertreter können ihr Unternehmen oft zu innovativeren Strategien als Arbeitsplatzabbau und rein kostengetriebener Rationalisierung drängen. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Analyse des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung.

Die IAQ-Wissenschaftler untersuchten am Beispiel der von der IG Metall NRW gestarteten Kampagne „besser statt billiger“, wie sich die Arbeitsbeziehungen im Unternehmen entwickeln, wenn die Interessenvertretung Management-Entscheidungen aktiver hinterfragt. „Besser statt billiger“ stellt Betriebsräten Instrumente zur Verfügung, um gegenüber Rationalisierungsplänen Alternativen zu entwickeln. Dazu zählen Branchenreports, der Erfahrungsaustausch unter Arbeitnehmervertretern oder die Kontaktvermittlung zu Wissenschaftlern und Beratern. Das IAQ-Forscherteam befragte bei 16 Betriebs-Fallstudien Betriebsräte, Gewerkschafter und Vertreter der Geschäftsführung.

**Arbeitnehmervertreter haben im Rahmen des Programms eine ganze Reihe von Innovationen angestoßen**, fanden die Wissenschaftler heraus. Den Schwerpunkt bildeten Verbesserungen der Arbeitsorganisation. Vorschläge für neue Produkte oder Fertigungsverfahren waren seltener. Das hat das IAQ nicht überrascht, denn „organisatorische Fragen sind die traditionelle Domäne der Betriebsratsarbeit“. Am

erfolgreichsten waren die Arbeitnehmervertreter, wenn sie auf das Erfahrungswissen von breiten Teilen der Belegschaft zurückgreifen konnten, beispielsweise durch Innovations-Workshops oder Umfragen. Für die Zukunft halten es die Forscher für unerlässlich, dass dabei stärker als bisher auch hochqualifizierte Angestellte einbezogen werden. In einigen der untersuchten Unternehmen beobachtete das IAQ auch positive Wirkungen auf das allgemeine Innovationspotenzial – weil sich Betriebsräte erfolgreich für Investitionen in Weiterbildung einsetzten.

**Kulturwandel der Betriebsratsarbeit.** Eine weitere Leitfrage der Wissenschaftler lautete: Wie hat sich durch „besser statt billiger“ die Mitbestimmungspraxis verändert? Das IAQ spricht von einem „allmählichen Kulturwandel“ hin zu einer „strategischen Interessenvertretung“. Dabei hinterfragten Betriebsräte verstärkt „die ökonomische Stichhaltigkeit“ der Management-Argumente. Während sich Arbeitnehmervertreter früher häufiger darauf beschränkt hätten, auf eine sozialverträgliche Umsetzung von Managemententscheidungen zu drängen, machten sie jetzt die Erfahrung, „dass derartige Entscheidungen rückholbar sein können“. ◀

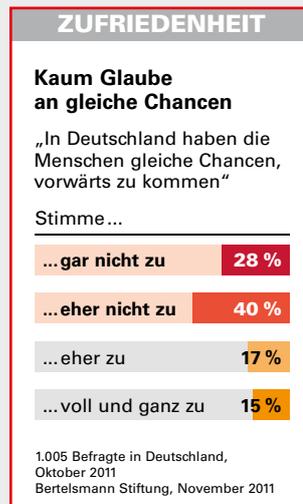
\* Quelle: Tabea Bromberg: Rückenwind für Betriebsräte, IAQ-Report 5/2011, November 2011; Thomas Haipeter u.a.: Rückenwind für die Betriebsräte, edition sigma, Berlin, November 2011  
Download und Quelledetails: [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## Impressum

**Herausgeberin:** Hans-Böckler-Stiftung  
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0  
**Verantwortlicher Geschäftsführer:** Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);  
**Chefredaktion:** Rainer Jung (i.V.); **Redaktion:** Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;  
 E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de; Telefon 02 11 / 77 78-286,  
 Fax 02 11 / 77 78-207; **Druck und Versand:** Setzkasten GmbH,  
 Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

**Weiter im Netz:** Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter [www.boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

## TrendTableau



► **RENTE:** Riester-Renten lohnen sich oft nicht. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). „Riester-Sparer erzielen in vielen Fällen nur so viel Rendite, als hätten sie ihr Kapital im Sparstrumpf gesammelt“, so das DIW. Beispielsweise zeigt eine Modellrechnung, dass eine 35-jährige Frau, die heute einen Riester-Vertrag

abschließt, mindestens 77 Jahre alt werden muss, um herauszubekommen, was sie eingezahlt hat. Für eine Rendite von 2,5 Prozent pro Jahr müsste sie 90 Jahre alt werden. Wer bereits 2001 eine Riester-Rente abgeschlossen hat, bekommt wegen des damals höheren Garantiezinses etwas mehr Geld heraus. Die insgesamt schwachen Renditen der Riester-Renten

führt das DIW zum einen auf die Kapitalmarktentwicklung zurück, zum anderen auf Regulierungsdefizite.  
 DIW Berlin, November 2011

► **EINKOMMEN:** 3,6 Millionen Beschäftigte in Deutschland arbeiten für weniger als sieben Euro in der Stunde – Rentner-, Schüler- und andere Nebenjobs nicht mitgerechnet. Das geht aus einer Auswertung

des Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) für das Jahr 2009 hervor. Mehr als 1,2 Millionen Erwerbstätige bekamen demnach sogar weniger als fünf Euro. Von der Einführung eines Mindestlohns in Höhe von 8,50 Euro würden der Studie zufolge fast 5,8 Millionen Menschen profitieren – dies entspreche fast einem Fünftel aller Beschäftigten.  
 IAQ, November 2011